

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 25 / 2018

THEMENSCHWERPUNKT:
»POPULISMUS« UND DEMOKRATIE

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017
- MUSICA PRO PACE 2017
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Michael Pittwald

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe, unter Verwendung eines vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bereitgestellten Fotos von Steffen Kugler.

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de
Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2018

© 2018 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X
ISBN 978-3-8471-0957-0

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017	
<i>Reformation: Wirkt sie noch heute auf die Gesellschaft und das Miteinander der Religionen?</i> Mit Heinrich Bedford-Strohm, Hans Joas	15
<i>Historische Schuld und verblässende Erinnerung – Wie weiter aus Geschichte lernen?</i> Mit Markus Meckel, Beate Klarsfeld, Bernd Weisbrod	41
<i>Generationengerechtigkeit, Altersarmut und demographischer Wandel</i> Mit Reinhold Schnabel, Annelie Buntenbach, Paul Ziemiak	73
<i>Modell Costa Rica? – Bildung statt Armee!</i> Mit Henning Jensen Pennington, José Joaquín Chaverri Sievert, Sebastian Huhn	95
Robert Menasse, Wien <i>Europa sieht Deutschland: »Der deutsche Mensch als Symptom«</i> Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit	119
<i>Brexit, Trump und »Populismus«</i> Mit Jan-Werner Müller, Karin Priester, Joschka Fischer	135
<i>Militär und Justiz heute</i> Mit Dieter Deiseroth, Christoph A. Rass, Roland Czada	161

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2017**

Stefan Hanheide, Osnabrück
Friedensmusik im Reformationszeitalter 1517-1648 189

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Joachim Westerbarkey, Münster
Populismus und ›fakes‹ – Wie gehen wir damit um? 205

Maximilian Probst, Hamburg
Die Verherrlichung des Kämpfers kehrt zurück 211

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 217
Abbildungsnachweis 223

■ I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017



Beate Klarsfeld, Bernd Weisbrod und Markus Meckel (vordere Reihe, v.l.)
empfangen von Gastgebern aus Universität und Stadt sowie Förderern

Historische Schuld und verblässende Erinnerung – Wie weiter aus Geschichte lernen?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 28. März 2017

Markus Meckel

Außenminister a.D. der DDR,
Mitglied des Deutschen Bundestages
1990-2009

Beate Klarsfeld

Journalistin, Paris

Prof. Dr. Bernd Weisbrod

Historiker, Universität Göttingen

Prof. Dr. Roland Czada

Universität Osnabrück –
Gesprächsleitung

Roland Czada: Das Thema dieses Friedensgesprächs, die Frage, wie wir mit unserer Vergangenheit und der europäischen Vergangenheit künftig umgehen, ist zweifellos hochaktuell. In Deutschland und anderen europäischen Ländern kehren nationalistisches Denken und die Sehnsucht nach vergangener Größe zurück. Man will der Geschichte wieder einen Glorienschein aufsetzen und die dunklen Seiten vergessen. Das ist feststellbar in der Türkei, in Polen und ganz Osteuropa. Und auch in Deutschland gibt es Stimmen, die eine neue Erinnerungskultur möchten.

Die Zeiten ändern sich: Immer weniger Zeitzeugen leben unter uns; auch letzte Täter sterben. Wir wollen heute auf der Grundlage eines Rückblickes in die Zukunft blicken und darüber sprechen, wie Erinnerungspolitik, wie Gedenkstätten, wie die politische Bildung in der Schule aussehen sollten, um eine nachhaltige Erinnerung zu erzeugen und eine ständige produktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu erreichen, und zwar in deutlicher Abgrenzung zur Glorifizierung einer Vergangenheit auf der Suche nach neuer nationaler Größe.

Beate Klarsfeld: In Osnabrück war ich erstmals im Jahr 2006 zu Gast, und zwar mit 30 Mitgliedern unserer Organisation *Verein der Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden* (FFDJF). Anlass war die Uraufführung der *Bestmannoper* im hiesigen Stadttheater, eines Werks,

das sich mit der Figur *Alois Brunner* beschäftigt, den *Adolf Eichmann* seinen ›besten Mann‹ nannte. Brunner hatte die Juden aus Wien, Berlin, Saloniki und aus Frankreich deportieren lassen. Er war der Leiter des Lagers in Drancy. Zwischen dem 23. Juli 1943 und dem 18. August 1944 hatte Brunner die Deportation von 24.000 französischen Juden organisiert. Viele wurden von Brunners SS-Kommando verhaftet, so wie die Juden aus Nizza, unter denen auch der Vater meines Mannes *Serge* war. Seine Mutter, seine Schwester und er haben überlebt. Wie sie sich retten konnten, wurde in der *Bestmannoper* dargestellt. Der Vater hatte einen doppelten Wandschrank in der Wohnung in Nizza einbauen lassen, um seine Familie im Falle einer Razzia zu verstecken. Als im September 1943 Alois Brunner und seine Leute das Haus umstellten, versteckte mein Schwiegervater die Familie im Wandschrank und er selbst öffnete die Tür. Er konnte somit ermöglichen, dass die Durchsuchung der Wohnung nach der Familie nur oberflächlich war. Mein Schwiegervater wurde festgenommen; die Familie blieb im Wandschrank versteckt.

Nach dem Krieg fand Brunner in Syrien Zuflucht, geschützt von der Familie *Assad*. *Serge* und ich demonstrierten mehrere Male in Damaskus für seine Auslieferung. Wir wurden festgenommen und ausgewiesen. In Frankreich war er 1954 in Abwesenheit verurteilt worden. Es gelang uns aber, ihn im Jahr 2001 in Abwesenheit erneut verurteilen zu lassen für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er hatte kurz vor Kriegsende noch 345 jüdische Kinder aus den Kinderheimen um Paris herum festnehmen und deportieren lassen. Erst vor Kurzem berichtete ein Presseartikel, dass er im Dezember 2001 in seinem Versteck in einem Keller in Damaskus unter fürchterlichen Umständen gestorben ist.

Der damalige Osnabrücker Bürgermeister *Hans-Jürgen Fip* hatte uns 2006 ins Rathaus eingeladen, wo im Oktober 1648 der Westfälische Friedensvertrag zum Abschluss gebracht worden war. Aber wie viele Kriege hatte es nicht danach gegeben? Alle Mitglieder unserer Organisation hatten während des von Nazideutschland 1939 ausgelösten Zweiten Weltkriegs viele ihrer Angehörigen verloren. In Osnabrück haben wir natürlich auch das Museum Felix-Nussbaum-Haus besichtigt; *Nussbaum* wurde bekanntlich am 31. Juli 1944 zusammen mit seiner Frau *Felka* mit dem letzten Transport aus Belgien nach Auschwitz deportiert. Seine Eltern waren schon vorher deportiert worden, und sein Bruder folgte.

Im September 1982 hatten mein Mann und ich das Gedenkbuch der 25.000 belgischen Juden mit ihren Namen und Geburtsdaten veröffentlicht. Wir spürten auch die Hauptverantwortlichen für die Deportation der Juden aus Belgien auf. Was ist aus diesen nach dem Krieg geworden? SS-Major *Ernst Ehlers*, Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Brüssel,

fanden wir als Richter beim Verwaltungsgericht in Schleswig-Holstein. Kurt Asche, Leiter des »Judenreferats«, fanden wir in der Polizeiverwaltung in Hamburg. Mit unseren jüdischen Freunden aus Brüssel demonstrierten wir vor der Wohnung von Ehlers mit Spruchbändern wie »Verurteilt so schnell wie möglich NS-Verbrecher Ehlers – verantwortlich für den Tod von 25.000 Juden aus Belgien«. Am 26. November 1980 begann vor dem Kieler Schwurgericht der Prozess gegen Ehlers und Asche. Ehlers entzog sich der Verantwortung und nahm sich das Leben. Kurt Asche wurde am 8. Juli 1981 wegen Beihilfe zum Mord zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Damit komme ich zum Thema dieses Gesprächs: Im Frühjahr 1945 wurde Deutschland aus dem Kreis der Nationen ausgeschlossen. Hitler hatte sich das Leben genommen, die Nazis hatten kapituliert. Deutschland als politische Einheit existierte nicht mehr; Deutschland und die Deutschen galten der Welt als verbrecherisch.

Millionen Soldaten waren umgekommen, ebenso viele Millionen von Zivilisten, darunter 6 Millionen ermordete Juden. Deutschland ist verantwortlich für ein Verbrechen gegen den Frieden und einen Weltkrieg! Europa in Trümmern, die großen deutschen Städte zerstört, das deutsche Volk hungert; das Land militärisch besetzt und in Zonen aufgeteilt; Millionen Flüchtlinge strömen nach Westen; das Schicksal Deutschlands ist unsicher – als Staat wie als Nation. Eine *Kollektivschuld* lastete auf allen Deutschen, die aber hauptsächlich mit Fragen nach Nahrung, Unterkunft und Sicherheit beschäftigt waren. 70 Jahre später ist das wiedervereinigte Deutschland ein mächtiger, blühender Staat. Es hat den Respekt und die Wertschätzung seiner Partner wiedergefunden, indem es sich als freie und demokratische Nation erwiesen hat.

Deutschland ist heute der engste Freund und Verbündete Frankreichs, mit dem es zuvor in 70 Jahren drei Kriege geführt hatte. Deutschland hat auch mit dem 1948 gegründeten jüdischen Staat ein tiefes Einvernehmen gefunden – ebenso mit den jüdischen Überlebenden, die es immer noch nach Kräften unterstützt, und dem ganzen jüdischen Volk. In Deutschland, wo es 1945 nur noch 30.000 Überlebende gab und die reiche jüdische Geschichte an ihr Ende gekommen schien, leben heute wieder über 100.000 Juden. Die Bundesrepublik hat die lange staatliche Trennung vom kommunistischen deutschen Staat DDR akzeptiert. Die Alternative wäre ein unter sowjetischen Bedingungen vereintes und neutralisiertes Deutschland gewesen.

Mit Unterstützung der USA und des nordatlantischen Bündnisses haben die westdeutschen Politiker einen Staat mit liberalen Werten errichtet und zu Recht geduldig auf günstige Bedingungen für eine Wiedervereinigung

gewartet. Zu ihrem Glück betrachtete der Westen die Deutschen nicht als unheilbar, sondern als Menschen, denen man Vertrauen schenken konnte – ohne es aber gleichzeitig an Vorsicht und Wachsamkeit mangeln zu lassen. Aus Sicht des Westens musste man die BRD dabei unterstützen, eine friedliche Demokratie aufzubauen, die in der Lage sein sollte, sich in Europa zu integrieren. Man ging dabei davon aus, dass sich Völker durch ihre materiellen, politischen, kulturellen und moralischen Lebensumstände ändern und dass das Hitlerregime den Typ des Deutschen ebenso wenig dauerhaft geprägt hatte, wie die Ghettos den der Juden.

Um 1850 galt der Deutsche als Musterbeispiel häuslicher und bürgerlicher Tugenden, poetischer Literalität, Güte und intellektuellen Scharfsinns. Ein Jahrhundert später sah man in ihm eine Mischung aus Willfährigkeit, kriegerischer Arroganz und Grausamkeit. Allerdings stellte der Ernst des Ost-West-Konflikts ein gravierendes Hindernis für den inneren Heilungsprozess Deutschlands dar. Die Feindseligkeit gegenüber dem totalitären Sowjetregime, den Antikommunismus, teilte man mit Nazideutschland. Diese Kontinuität gab den aktiven Altnazis nach einer oberflächlichen Entnazifizierung die Möglichkeit, entweder in neonazistischen Parteien oder durch Infiltrierung regierender, demokratischer Parteien weiterhin tätig zu sein. Allerdings stellte die Brutalität des sowjetischen Regimes eben keine Absolution für die Barbarei Nazideutschlands dar. Aber die Bevölkerung strebte danach, mit der Entlastung der Nazis auch sich selbst zu entlasten. So war die Übertragung der ›Entnazifizierung‹ von alliierten Institutionen in deutsche Hände an sich schon eine Kapitulation – auch wenn die Alliierten zuvor keine Änderung der Gesellschaftsstrukturen beabsichtigt hatten.

Die Entnazifizierung durch die Deutschen mündete in ein Programm der ›Reinwaschung‹. In den Jahren zwischen 1950 und 1960 gelang es ehemaligen Nazis, großen Einfluss auf die Gesellschaft zurückzugewinnen, während das deutsche ›Wirtschaftswunder‹ die Welt verblüffte. Die Generation der Männer zwischen 30 und 60 Jahren, von denen viele mit nationalsozialistischen Ideen kontaminiert waren, setzte sich ganz natürlich durch, und die Rechtsprechung gegen die Altnazis wurde von der Öffentlichkeit als ›Rache der Sieger‹ wahrgenommen. Dass Millionen Deutsche, die dem NS-Regime nahegestanden hatten, sehr schnell zur Loyalität mit dem demokratischen System bereit waren und ab 1949 mit großer Mehrheit für demokratische Parteien stimmten, liegt vermutlich daran, dass das Schweigen über die Vergangenheit ihnen dabei half, Fortschritte hinsichtlich ihrer politischen Ideen zu machen.

Die BRD mit ihrer neuen Verfassung musste mit dieser Realität leben; man konnte die alten Nazis nicht loswerden, sondern musste sie einglie-

dern. Aber die Nichtberücksichtigung der Verbrechen der alten Nazis ging zu weit in Richtung Amnesie! Der Kalte Krieg und die Angst vor dem Kommunismus begünstigte die alten Nazis in einem vertrauten Kampf. Und die Masse der Deutschen, die Hitler vertraut hatte, übertrug ihr Bedürfnis nach einem Führer 15 Jahre lang auf Adenauer, eine strenge Vaterfigur, die es verstand, Altnazis gegenüber Nachsicht zu zeigen. Nach dem Kaiser und dem Führer übernahm Adenauer die Rolle einer Leitfigur.

Für junge Menschen wie mich waren die Väter, Nachbarn und Lehrer Nazis. Erst in den 1960er Jahren erwachte die Jugend durch ausdauernde Arbeit der Gewerkschaften, der religiösen Gruppen, der Lehrer, die den deutschen Traditionen des 17. und 18. Jahrhunderts verbunden waren. Dazu kam der Einfluss von Schriftstellern wie *Heinrich Böll* und *Günter Grass*, die das unsägliche Leid bewusst machten, das Hitlerdeutschland seinen Opfern zugefügt hatte, darunter all jene, die man unter dem Etikett *Antifaschisten* zusammenfassen kann. Auf sie stützt sich auch die Erinnerung an den deutschen Widerstand und das deutsche Exil, an die Verschwörer des 20. Juli 1944 und an die Studenten *Hans* und *Sophie Scholl*.

Während die deutsche Gesellschaft mit ihrer ersten großen Wirtschaftskrise kämpfte und neofaschistische Parteien an die politische Oberfläche spülte, waren die beiden großen demokratischen Parteien SPD und CDU so vernünftig, eine Große Koalition zu bilden. Aber sie waren auch so unvernünftig oder geistig umnachtet, einen Kanzler mit aktiver Nazivergangenheit zu wählen, einen Kanzler, der einer der Organisatoren der NS-Radiopropaganda im Ausland war. In der BRD, in der ehemalige Nazis Führungspositionen in so vielen Bereichen einschließlich der Politik einnahmen, rief diese unglückliche Wahl nur Gleichgültigkeit hervor – abgesehen vielleicht von der öffentlichen, aber unwirksamen Reaktion des Philosophen *Karl Jaspers* und des Schriftstellers *Grass*. Selbst die militante Jugend war daran gewöhnt, dass ehemalige Nazis auf allen Ebenen wieder Fuß gefasst hatten, und lehnte sich überhaupt nicht auf.

Man musste aber schließlich reagieren und der Kontinuität zwischen den 1930er und 1960er Jahren ein Ende setzen! Eine echte Zäsur musste her, vor allem, da sich eine andere Entscheidung für die Zukunft Europas anbahnte. Symbolisch dafür waren die Lebensläufe der beiden Persönlichkeiten, die für die BRD des Jahres 1968 standen: Kanzler *Kiesinger*, der seine Intelligenz und Energie der Naziideologie zur Verfügung gestellt hatte, und Außenminister *Willy Brandt*, der eben diese Ideologie aus dem norwegischen Exil bekämpft hatte. Der eine weigerte sich im Namen Deutschlands, die politischen und moralischen Konsequenzen des verlorenen Weltkriegs zu tragen. Der andere verspricht, genau das zu tun, wenn er zum Kanzler gewählt würde.

Die Ohrfeige, die ich Kanzler Kiesinger damals gab, war sicherlich eine Gewalttat. Aber ich habe dem Richter, der mir das vorwarf und mich zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilte, erklärt, dass die wahre Gewalt darin läge, der deutschen Jugend einen Nazi-Kanzler aufzuzwingen. Ich habe im Jahr 1968, in dem *Martin Luther King* und *Robert Kennedy* ermordet wurden, mein Leben für diese Aktion aufs Spiel gesetzt. Ich habe für den Sieg von Willy Brandt bei den Wahlen 1968 gekämpft, und er hielt Wort: Ihm ist es zu verdanken, dass auf der einen Seite die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas möglich wurde und auf der anderen Seite sich die deutsche Gesellschaft auf beeindruckende Weise schnell verbessert hat. Brandts Kniefall vor dem Ehrenmal für das Warschauer Ghetto war ein wirklicher Bruch, eine Befreiung, eine Provokation und Neubegründung, so wie es die Ohrfeige für den Kanzler Kiesinger damals war.

Ich habe gelegentlich auch illegal gehandelt, damit die Bundesrepublik richtige, wenn auch schwierige Entscheidungen treffen musste, etwa ein Gesetz zu verabschieden, um Naziverbrecher, die in Frankreich gefasst wurden, in Deutschland vor Gericht stellen zu können, und damit das Gesetz von der deutschen Justiz auch angewendet wird. Durch mein Handeln konnte ich dazu beitragen, die durch den Krieg ausgelöste gerichtliche Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland beizulegen. Die darauf folgenden Musterprozesse in Köln haben Franzosen, Deutsche und Juden einander nähergebracht.

Überall in Deutschland entstanden seither und entstehen noch Gedenkstätten. Die Welt war verwundert, als neben dem Brandenburger Tor das 2005 eingeweihte *Holocaust-Mahnmal* errichtet wurde; Herr Höcke von der AfD bezeichnet es als ein »Denkmal der Schande«. Aber es gibt auch Dokumentationszentren, es werden viele Bücher geschrieben und Thesen über diese Zeit veröffentlicht. Über eine Zeit, die sich durch den Tod der letzten Zeugen, der letzten Opfer und der letzten Peiniger immer weiter entfernt. Und die doch eine Periode ist, die man verstehen will, da fast alle heute in Deutschland lebenden Deutsche ›neue‹ Deutsche sind und sich Hitlerdeutschland als Vorgänger ihres Deutschland kaum noch vorstellen können. Doch reichte es aus, dass Deutschland auf Veranlassung von Kanzlerin *Merkel* angesichts der Flüchtlingstragödie eine Großzügigkeit an den Tag legte, die im krassen Gegensatz zur Unmenschlichkeit von Hitler steht, dass in einem Teil der Bevölkerung Rassismus und Fremdenhass wieder offen zutage treten? Was können wir heute tun?

Wir müssen rechtspopulistische Kräfte und Parteien wie die AfD bekämpfen! In Frankreich haben wir den *Front National*, der 25% der Wählerstimmen bei der Präsidentschaftswahl im Mai bekommen kann.



Beate Klarsfeld

Wir müssen – im Sinne des Sprichworts »Wehret den Anfängen« – frühzeitig zu verhindern versuchen, dass solche extremen Parteien stark werden. Wir müssen der Bevölkerung klarmachen, dass diese Parteien Versprechungen machen, die sie nicht halten können. Gerade den jungen Leuten möchte ich das sagen, da es für sie leichter ist, zu kämpfen. Aber auch allen anderen möchte ich sagen, dass wir kämpfen müssen, auch wenn es schwerer wird. Der Kampf ist nicht vorbei; die Erinnerung darf nicht verlöschen. Wenn Parteien wie die AfD oder der *Front National* an die Macht kommen, wird es bald

keine Gedenkstätten mehr geben. In Baden-Württemberg hat die AfD bereits verlangt, den Zuschuss zu streichen, den Jugendliche für ihre Reisen nach Auschwitz bekommen. Von diesen Parteien wird es keine Unterstützung mehr geben für alle, die die Vergangenheit aufarbeiten wollen.

Wir müssen uns engagieren, ehe es zu spät ist.

Markus Meckel: Ich blicke aus einer anderen Perspektive zurück als Frau Klarsfeld; ich bin in der DDR aufgewachsen. Die Mauer, die 1961 zwischen beiden deutschen Staaten gebaut worden war, um die eigene Bevölkerung daran zu hindern, das Land zu verlassen, hieß im ideologischen DDR-Deutsch »Antifaschistischer Schutzwall«. Die kommunistische Spitze der DDR – der man nicht absprechen kann, im Widerstand gegen Hitler gewesen zu sein – hatte ihren Antifaschismus zu einer Legitimationsideologie für den eigenen Staat gemacht. Das bedeutete: im Osten stand man gegen den Nationalsozialismus an der Seite der »ruhmreichen« Sowjetunion, die die Hauptlast daran getragen hatte, den Nationalsozialismus zu besiegen. So war automatisch die gesamte DDR-Bevölkerung entschuldigt.

Sie stand gegen den Westen, wo – so lernten wir in der Schule – der ›Imperialismus fruchtbar‹ war und zum Krieg führte. Aus dem Westen drohte also Kriegsgefahr, während der DDR-Bürger an der Seite der Sowjetunion stand und damit auf der Seite der Zukunft.

So weit in aller Kürze das Bild, das uns die Schule lehrte: Wir waren im sicheren Bewusstsein, dass der Nationalsozialismus in der DDR aufgearbeitet sei, im Westen dagegen nicht. Erst sehr viel später haben wir festgestellt, dass die DDR zwar mit ihren Akten half, Herren wie Kiesinger oder *Globke* als Nazis zu identifizieren, dass aber gleichzeitig in der DDR so mancher sehr schnell von braun zu rot gewechselt hatte.

Ich selbst bin im Umkreis der Kirche aufgewachsen, in dem eine etwas andere Erinnerungskultur gepflegt wurde. Vielleicht ist auch hier der Name *Lothar Kreyssig* bekannt, der als Richter während des Nationalsozialismus zu den wenigen gehörte, die die Euthanasieverbrechen zum Thema machten und anklagten. Erstaunlicherweise überlebte er. In den 1950er Jahren initiierte er die *Aktion Sühnezeichen* und brachte sie auf den Weg. Seit 1961 geteilt in Ost und West, hat sich die Aktion Sühnezeichen in ihrer zweifachen Ausprägung bis 1990 bemüht, mit deutscher Schuld und Verantwortung umzugehen. Als Anfang der 1970er Jahre für DDR-Bürger die Grenze nach Polen geöffnet wurde, war es für meine Generation vor dem Hintergrund unserer Schulbildung ein Schock, dort als ›Deutsche‹ behandelt und angesehen zu werden, mit all der Last und Verantwortung der deutschen Geschichte. DDR-Kinder hatten doch gelernt, dass sie damit nichts zu tun hatten! Aber nun machten sie die Erfahrung, dass man als Deutscher dem nicht enttrinnen kann. Ich halte das für eine ganz wichtige Erfahrung, die damals viele machten. Erst danach begannen sie, sich mit der eigenen Geschichte zu beschäftigen und z.B. ihre Eltern zu befragen. Dies geschah besonders innerhalb der Kirchen und der kleinen Opposition, aber auch bei Menschen aus anderen Zusammenhängen.

Nach 1990 war es bei uns die frei gewählte DDR-Regierung, die die Verhandlung zur deutschen Einheit führte. Am 12. April 1990 wurde in der konstituierenden Sitzung der Volkskammer eine Erklärung verabschiedet, in der wir uns, anders als die kommunistische Regierung zuvor, in die deutsche Verantwortungs- und Schuldgeschichte stellten. Wir haben bekundet, dass wir diese Verantwortung als Deutsche wahrnehmen und übernehmen wollen. Diese Erklärung ist heute wenig bekannt, aber in diesen Zusammenhang gehört, dass ich als Außenminister die Initiative zu Gesprächen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel ergriff. Die Ankündigung blieb symbolisch, denn es kam nicht mehr dazu. Doch war sie von Bedeutung für den Beschluss, die Tore für in der Sowjetunion

verfolgte Juden zu öffnen. Diese Entscheidung trafen wir ohne Abstimmung mit der Bundesregierung, die dies nach der Wiedervereinigung aber übernahm. Das ist der Hintergrund dafür, dass es heute lebendige jüdische Gemeinden in Deutschland gibt.

In der Volkskammer hatten wir uns vorgenommen, die Fehler zu vermeiden, die man nach 1945 im Westen gemacht hatte: Als junger Student der Theologie hatte ich schon in den 1970er Jahren gelesen, dass die meisten NS-Täter trotz mancher Verurteilung im Zuge der ›Entnazifizierung‹ nach der Gründung der Bundesrepublik als achtbare Bürger wieder in öffentliche Ämter gelangt waren. Das sollte mit der Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur in der DDR nicht passieren, weshalb wir uns intensiv z.B. um Zugang zu den Akten der Staatssicherheit und den Umgang mit den neuen demokratischen Institutionen kümmerten. Wir wollten, dass man nachprüft, welche Leute was in der DDR gemacht hatten, in welcher Beziehung sie zu der früheren kommunistischen Macht gestanden haben und ob sie womöglich auch Dinge getan hatten, die strafrechtlich relevant sind. Insofern gaben die schlechten Erfahrungen der Jahre nach 1945 uns in den Jahren nach 1990 wichtige Impulse.

Heute kann man sagen, dass die Art und Weise, wie sich die Deutschen intensiv mit ihrer Geschichte befassen, international große Achtung findet. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass die deutsche Vereinigung von den Westmächten und der Sowjetunion nur akzeptiert worden ist, weil nach jahrzehntelangen, teils harten Auseinandersetzungen Westdeutschland als eine gestandene Demokratie erschien, die sich kritisch mit ihrer eigenen Geschichte auseinandergesetzt hatte und dies weiterhin tat. Und wir DDR-Bürger konnten selbstbewusst sagen, dass wir inzwischen eine Freiheitsrevolution gemacht, Freiheit und Demokratie erkämpft haben und durchaus erhobenen Hauptes in die Prozesse der deutschen Einheit gehen.

In Deutschland und international in Europa gibt es heute einen breiten Konsens in der Bewertung des Nationalsozialismus. Wir stellen aber durchaus fest, dass es immer noch Neues zu entdecken gibt. Ich denke an die Rede, die *Joachim Gauck* zum 70. Jahrestag des Kriegsendes in Stukenbrock gehalten hat. Dort erinnerte er daran, dass im Zweiten Weltkrieg mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene in deutschen Lagern ums Leben kamen. Das waren mehr als die Hälfte aller sowjetischen Kriegsgefangenen. Von den britischen Kriegsgefangenen kamen etwa 3% in deutscher Haft um. Diese unterschiedlichen Opferzahlen sind uns nicht bewusst, sie sind in der Öffentlichkeit nicht bekannt, außer bei einigen Historikern und ›Erinnerungsprofis‹.

Sechs Millionen europäische Juden und drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene kamen zu Tode. Wer bei Letzteren nur an Russland

denkt, liegt aber falsch: Es geht nicht nur um ethnische Russen, sondern auch um ukrainische, belarussische und Kriegsgefangene anderer Völker der ehemaligen Sowjetunion. Es ist wichtig, hierbei heute zu unterscheiden, denn die politische Situation hat sich verändert, und die Erinnerungskultur in diesen Ländern ist sehr unterschiedlich. Während die Ukraine – manchmal zwar in sowjetischem Geist – versucht, sich dieser schwierigen Geschichte zu erinnern, ist das in Russland anders: Dort zählt die Geschichte des ›Großen Vaterländischen Krieges‹ zum einigenden Band. So wachte in den letzten Jahren sogar eine Kommission darüber, dass das russische Volk mit seiner Geschichte im Zweiten Weltkrieg nicht ›mit Schmutz beworfen‹, sprich: nachteilig dargestellt wird.

Gerade für uns Deutsche stellt sich die Frage, ob wir nicht gemeinsam mit den Russen eine Botschaft an die Balten, die Polen, die Menschen im Norden Rumäniens und andere richten sollten, mit der wir sagen, dass es Unrecht war, was im Vollzug des Hitler-Stalin-Paktes ab 1939 in ihren Ländern geschehen ist. Vor einiger Zeit berichtete die frühere lettische Außenministerin und kurzzeitige EU-Kommissarin *Sandra Kalniete* bei einem Besuch der Leipziger Messe aus ihrem Leben. Sie wurde in einem sibirischen Lager geboren, wohin ihre Familie wie viele Tausende Letten nach dem Einmarsch der Sowjets 1940 deportiert worden war. Dann kam der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, und die baltischen Völker hatten zwischen Stalin und Hitler immens zu leiden. Gerade für die Letten und die Esten erwies sich alles, was sie taten, als falsch: Dem einen Besatzer wollten sie entfliehen, und nicht wenige Letten wurden so zu SS-Angehörigen, was sie zu Teilhabern eines anderen furchtbaren Verbrechens machte. Diese Geschehnisse genauer zu untersuchen, halte ich für ausgesprochen wichtig; das haben wir in Deutschland und Europa bis heute nicht genügend im Blick.

Wenn es um den Nationalsozialismus geht, haben wir einen Konsens; wenn es um den Kommunismus geht, sind wir davon weit entfernt. Weil man nur die DDR oder die sowjetische Besatzungszone im Blick hat, wird häufig behauptet, dass der Kommunismus längst nicht so schlimm war wie der NS. Betrachtet man aber die einhundertjährige Geschichte des Kommunismus seit der Oktoberrevolution 1917, treten die Unterschiede hervor. Hitler bzw. die Deutschen unter Hitler mordeten mehrheitlich Angehörige anderer Völker, während Stalin überwiegend Angehörige der Völker der Sowjetunion ermordete. Nimmt man andere kommunistische Systeme hinzu, müssen wir nicht mehr über Dimensionen streiten. Ich halte diesen Vergleich für wichtig, obwohl er für viele bis heute verboten zu sein scheint. In der Enquetekommission *Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit*, die in den 1990er Jahren im

Bundestag arbeitete, prägte der Bochumer Professor *Bernd Faulenbach* folgende Formel:

»Wir müssen natürlich vergleichen – aber eben so, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus damit nicht relativiert werden. Aber eben auch so, dass die Verbrechen des Kommunismus nicht bagatellisiert werden.«

In Deutschland und in Westeuropa sind wir bis heute in der Tradition des Bagatellisierens.

Ich möchte hier gern auch über meine Erfahrung im *Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.* berichten, wo ich im September 2016 als Präsident zurückgetreten bin. Ich hätte nicht gedacht, dass man am Beginn des 21. Jahrhunderts in einer Organisation, deren Jahresetat von 45 Millionen Euro zu zwei Dritteln aus Spendengeldern und zu einem Drittel aus öffentlichen Geldern finanziert wird, eine interne Debatte über ein neues Leitbild führen muss, in dem formuliert ist, dass der Zweite Weltkrieg ein »Angriffskrieg« und ein »rassistisch motivierter Vernichtungskrieg« war. Über diese Feststellungen gab es einen Sturm der Entrüstung, und darüber bin ich auch nachträglich noch einigmaßen entsetzt.

Ein weiterer Punkt war, dass die Bundeskanzlerin 2014 zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie von Präsident *Hollande* eingeladen war. In meiner Funktion als Präsident des Volksbundes hatte ich sie daraufhin auf den deutschen Soldatenfriedhof *La Cambe* eingeladen. Ich hatte ihr auch geschrieben, dass dort die Mörder von *Oradour* und eine ganze Reihe Waffen-SS-Leute liegen, die so auf dem Friedhof nicht ausgewiesen sind. Frau Merkel ist dann nicht auf diesen Friedhof gekommen. Wie *Gerhard Schröder* 10 Jahre zuvor, besuchte sie einen britischen Friedhof, wo auch 350 Deutsche liegen, darunter – wie ich heute weiß – auch fast 50 SS-Leute.

Als Deutsche kommen wir aber nicht darum herum, dass auf den Friedhöfen auch diese Kriegstoten liegen. Wir sind genötigt, dafür eine Sprache zu finden, und ich finde es notwendig, dass sich eine Organisation, die sich um deutsche Kriegstote kümmert, auch um deren Opfer kümmern muss. In den Ländern, wo Deutsche begraben sind, müssen wir in unseren Schriften und Flyern deutlich machen, weshalb da überhaupt Kriegstote liegen. Schaut man sich die Flyer des Volksbundes an, stellt man fest, dass das nicht der Fall ist. Man muss aber doch den historischen Kontext dessen beschreiben, was in diesen Ländern passiert ist. Mein Vater war Offizier der Wehrmacht und ich weiß, dass er auch in Minsk war. Natürlich habe ich mich gefragt, was mein Vater dort gemacht hat.

Und selbst wenn er nicht an irgendwelchen Verbrechen beteiligt war, hat er trotzdem als Teil der Wehrmacht mit für die Voraussetzungen der Verbrechen gesorgt. Fast ein Drittel der belarussischen Bevölkerung ist umgekommen. Davon können wir nicht absehen, wenn wir an Kriegstote erinnern. Insofern führt dies automatisch und notwendigerweise in ein dialogisches, europäisches Gedenken in europäischem Kontext.

Mit gewisser Sorge schaue ich auf das Gedenken und Erinnern an das Ende des Ersten Weltkriegs, der aus klaren Gründen hinter dem Zweiten



Bernd Weisbrod

Weltkrieg verschwunden ist. Ich befürchte, dass in Europa die Nationalstaaten, die nach den Zusammenbrüchen der großen osmanischen, zaristischen und habsburgischen Reiche vor 100 Jahren als Demokratien neu entstanden sind, das Jahr 2018 als bloßes Gründungsdatum ihrer Unabhängigkeit feiern und wir so eine Welle von Nationalismus über Europa erleben werden. Wir müssen diesen Jahrestag so erinnern, dass er europäisches Gedenken möglich macht und nicht in nationale Enge führt.

Bernd Weisbrod: Erinnerung, so scheint es, verblasst immer. Aber die Klage über die verblässende Erinnerung ist selber historisch.¹ Ich möchte mit diesem scheinbaren Widerspruch beginnen, um uns daran zu erinnern, dass Zeitgeschichte nach einer klassischen Definition von *Hans Rothfels* die »Epoche der Mitlebenden« ist, also ein bewegtes Zeitfenster: Drei Generationen, der klassische Familienzusammenhang, teilen historische Erlebnisse von monumentalem Rang – im Fall von Rothfels war das das Jahr der russischen Revolution von 1917 – und reichen sie in der Erinnerung weiter.² Das ist der Lauf der Dinge, der Lauf der Geschichte.

Aber so einfach ist es nicht: Weder sind Generationen abgeschlossene Einheiten, noch vergeht mit ihnen automatisch die Erinnerung. Im Gegen-

teil: Schon nach dem Ersten Weltkrieg war der private Erfahrungsschock des Krieges mit seinen Millionen Toten lange ein Hindernis für die öffentliche Erinnerungskultur. Die quasi verspätete Kriegsliteratur führte erst zusammen mit den politischen Formationen des Gefallenengedenkens zum Totenkult des Nationalsozialismus. Und diese Erinnerung war in allen kriegführenden Staaten höchst umstritten und bildete unterschiedliche Formen des Gedenkens aus. Die sogenannte ›Generation von 1914‹ war ein Ergebnis der Erinnerungskultur, nicht der Erfahrungstatsache des Krieges.³ Erfahrungen werden nachbereitet, und daraus entsteht eine Erinnerungskultur.

Eine ganz ähnliche Verzögerung lässt sich bei dem ›Zivilisationsbruch‹ des Holocaust nach dem Zweiten Weltkrieg feststellen.⁴ Trotz anfänglicher Bemühungen, diese unsagbaren Erinnerungen zum Sprechen zu bringen, in Literatur wie Wissenschaft, wirkte der Erfahrungsschock für die Überlebenden oft wie ein Schweigegebot, aus Scham. Für die Täter wirkte er wie ein Schweigegebot aus Schuld oder Verdrängung.

Bei den Nürnberger Prozessen war der Holocaust noch kein zentrales Thema. Selbst in Israel verschwand der Holocaust bis zum Eichmann-Prozess 1961 hinter der heldenhaften Widerstandserzählung der Staatsgründer. Das gilt übrigens für alle europäischen Länder, nicht nur im Westen wie in Frankreich, wo die Verfolgung als Jude nicht automatisch den Status als *Résistance*-Kämpfer garantierte. Wir kennen das auch aus der DDR, wo die ›Opfer des Faschismus‹ politisch definiert waren und der Mord an den Juden auf die BRD abgeladen wurde. Es galten die unbefleckten kommunistischen Helden, auch wenn die ›roten Kapos‹ aus Buchenwald mit der Zeit aus dem Verkehr gezogen werden mussten, weil sie selber auch nicht nur Helden gewesen waren.⁵

In den Ländern Ostmitteleuropas, die nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems ihre nationale Unabhängigkeit wiedergewonnen haben und in denen das große Morden der Deutschen oftmals mithilfe lokaler Hilfstuppen vonstatten ging, haben wir es mit einer noch größeren Verzögerung zu tun. Autochthone Pogrome wie in *Jedwabne* in Polen oder der lokale ›*Holocaust by Bullets*‹ in der Ukraine, den der französische Priester *Patrick Desbois* aufgearbeitet hat, berühren noch heute nationale Empfindlichkeiten dieser Staaten, während das Narrativ der ›historischen Schuld‹ in Deutschland längst eine quasi negative Staatsräson geworden ist.⁶ Angesichts der zunehmenden Universalisierung des Holocaust als singuläres Menschheitsverbrechen – mit zahlreichen *Memorial Museums*, weltweiten Erziehungsprogrammen usw. – scheint eine »erinnerungskulturelle Wende um 180 Grad«, wie sie der thüringische AfD-Chef kürzlich

gefordert hat,⁷ nur möglich als Ergebnis aktiven Verleugnens oder erzwungenen Vergessens.

Erinnerungskultur ist für einen Historiker selber ein historisches Thema. Nicht so ›artgerecht‹ wie eine politisch oft beschworene stabile Leitkultur, die *Jan Assmann* zufolge nach dem Übergang vom »kommunikativen« zum »kulturellen Gedächtnis« irgendwie zur kulturellen Grundausrüstung gehört.⁸ – Manchmal wären wir Zeithistoriker froh, wenn wir den Adlerblick eines Ägyptologen hätten. Wir sehen dagegen auch im ›kulturellen Gedächtnis‹ die Dynamik der umstrittenen Erinnerungskultur, also einen diskursiven Prozess der Selbstbefragung.

Käme es da nicht ganz gelegen, wenn wir es wirklich mit einer ›verblässenden‹ Erinnerung zu tun hätten? Ich glaube nicht, und zwar aus drei Gründen:

- Das Verschwinden der Zeitzeugen ist nicht gleichzusetzen mit einer verblässenden Erinnerung.
- Erinnerungskulturen haben historische Konjunkturen: Das gilt besonders für die Opferidentifizierung, die die Herrschaft der Toten über die Lebenden aufrechterhält, und nicht umgekehrt.
- Es geht nicht um eine nationale Gedenkpolitik, die staatlicherseits verordnet werden kann, sondern um die Sicherung der Voraussetzungen für eine Denkmals- und Gedenkstättenlandschaft, die wissenschaftlichen Standards und humanitären Ansprüchen verpflichtet ist.

Das Verschwinden der Zeitzeugen wird schon eine ganze Zeit lang angekündigt, als Erinnerungsbruch, als Generationsbruch, als erinnerungskulturelle Zeitenwende. Ich sehe das nicht so: Die Zeitzeugen, auf die wir nicht verzichten können, werden verschwinden; diejenigen, auf die wir verzichten können, werden uns bleiben. Das liegt daran, dass der Begriff des Zeitzeugen unzulässig aufgebläht worden ist. Der Zeitzeuge, um den es hier geht, ist nicht der juristische Zeuge, der Erlebniszeuge oder der Zeuge vom Hörensagen, sondern der ›Überlebenszeuge‹: der *moral witness*⁹, der durch sein reines Überleben die Vernichtungsabsicht der Täter bezeugt. Das war die Aufgabe der Zeitzeugen im Eichmann- wie im Auschwitz-Prozess, ihre moralische Wahrheit ist unhintergebar. Sie sprechen für die Toten, wie *Primo Levi* gesagt hat: »Nicht wir, die Überlebenden, sind die wirklichen Zeugen [...] Vielmehr sind sie, die ›Muselmänner‹, die Untergegangenen, die eigentlichen Zeugen, deren Aussage eine allgemeine Bedeutung gehabt hätte.«¹⁰ Dennoch: Menschen wie *Max Mannheimer* werden uns fehlen, das ist wahr. Aber wir haben ihr Zeugnis, das *survivor testimony* in zahlreichen Lebensberichten, in Video-Archiven oder Filmen, die

das Unsagbare zum Sprechen bringen wie in den *Fortunoff Archives* in Yale oder in *Claude Lanzmanns* Film *Shoah*.

Die anderen Zeitzeugen, auf die ich jedenfalls manchmal lieber verzichten würde, sind die ›Betroffenheitszeugen‹, die wir einer televisionären Verkürzung lebensgeschichtlicher Interviews verdanken.¹¹ Das ZDF, das uns mit diesen Zeugen geradezu überschwemmt, macht aus deren Lebenserinnerungen Appetithappen der Betroffenheit. Sie dürfen die Authentizitätsillusion des Mediums verstärken, indem sie Gefühle zeigen, auch wenn sie längst überschriebene Erinnerungsnarrative bezeugen, andere Opfergeschichten, oft sogar solche der Täter, solange sie nur irgendeine Nähe zu dem schrecklichen Geschehen der deutschen Geschichte bezeugen können, das den Deutschen scheinbar irgendwie widerfahren ist. Jeder müsste wissen, dass das *Gedächtnis der Nation* – so heißt der anmaßende Projektitel – nicht mit einem »Jahrhundertbus« abgefragt werden kann. Die Methoden der *Oral History* und der Respekt vor den biographischen Brüchen auch im Leben von indirekten Zeugen verbieten das eigentlich. Auch das Konzept des *Museums Friedland* sah vor, mehr oder weniger zufällige Friedland-Erfahrungen von Vertriebenen auf diese Weise zu sammeln.¹² Ein Zeitzeuge, der im *Oral-History*-Interview an die schwierige Zeit im Lager erinnerte, versicherte, dass er das »im Bus«, also vor der Kamera, nicht sagen wolle: Das sei ja für das Fernsehen! Die Erinnerung dieser Vorzeigezeugen ist allzu oft von Sagbarkeitsregeln überschrieben, die eine bestimmte Erzählung fortpflanzen und den Zeugen zu einer Beglaubigungsinstanz nicht seiner Erfahrung, sondern einer öffentlichen Erinnerung werden lassen.

In diesem Format – zweiter Punkt – können wir auch die beinahe endlose *Opferkonkurrenz* bestaunen, die von allem anderen als der ›schwindenden Erinnerung‹ zeugt. Im Gegenteil, hier gehört es geradezu zur Kernaussage, dass ›endlich auch der deutschen Opfer‹ gedacht werden könne, dass nicht nur die Verfolgten Opfer des Nationalsozialismus gewesen seien, um die sich jetzt die offizielle Erinnerungskultur drehe, sondern dass auch die Deutschen Opfer ihres eigenen Krieges waren.¹³ Da sprechen die Vertriebenen, die Ausgebombten, die einfachen Soldaten, die Kriegskinder, die sich jetzt in fortgeschrittenem Alter daran erinnern, dass sie emotional gelitten haben, weil der Vater im Krieg geblieben war¹⁴ oder auch weil er verändert aus dem Krieg zurückkam.

Von den damaligen Leiden der Eltern, denen ihre Kinder im Krieg geraubt wurden, redet bezeichnenderweise keiner mehr, es sei denn der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge. Wie überhaupt erst seit der Durchsetzung des Trauma-Begriffs im Zusammenhang mit dem Vietnam-Krieg eine Opfergemeinschaft aller Leidenden zu entstehen scheint.¹⁵

Nach dem therapeutischen Boom sowie der Durchsetzung des humanitären Paradigmas in den 1970er Jahren schwillt der Strom der Traumatisierten auf allen Seiten an. Die emotionale Erbschaft des Schweigens wird für Kinder der Überlebenden ebenso geltend gemacht wie für die Kinder der Täter. Dahinter stehen aber Familiengeheimnisse ganz verschiedener Art.

Dieser Opferdiskurs ist die Folge einer neuartigen Identitätspolitik, die auf Anerkennung als Opfer drängt, sei es durch Entschädigung oder durch Emotionalisierung. Dabei ist historisch erwiesen, dass keine Rede davon sein kann, dass die deutschen Opfer ›endlich‹ gehört werden müssten. Es war in den 1950er Jahren kaum ein anderes als das nationale Opfer-Narrativ zu hören. Die damals noch nicht ›traumatisch‹ genannten Leiden der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, die Bombenopfer in den deutschen Städten und vor allem die Vertriebenen, das waren die Kriegsgeschichten, mit denen sich die Nachkriegsgesellschaft im Angesicht der eklatanten Verbrechen des Regimes wie der Kriegführung eine ›nützliche Vergangenheit‹ zurechtlegte. Das Schicksal der Vertriebenen wurde schon damals in einer offiziellen und umfangreichen Zeugenbefragung dokumentiert, auch das Zeugnis der Kriegsgefangenen wurde in mehrbändigen Werken erhoben – nicht etwa das Schicksal derjenigen, die den Verfolgungswahn der deutschen Kriegsgesellschaft überlebt hatten.

Bezeichnenderweise kam schon damals der Schlussband dieser von *Theodor Schieder* verantworteten Vertriebenenendokumentation nicht zustande, weil man sich sonst auf den Zusammenhang von deutscher Verfolgung und Vertreibung der Deutschen hätte einlassen müssen.¹⁶ Heute kann man global eine Welle der Empathie feststellen, mit der beispielsweise die Opfer der Kolonialherrschaft tatsächlich ›endlich‹ anerkannt werden. Von schwindender Erinnerung kann also auch hier keine Rede sein: Wenn sich beispielsweise der französische Präsidentschaftskandidat *Emmanuel Macron* für die Gräueltaten des Algerienkriegs entschuldigt, sinken seine Umfragewerte in Südfrankreich, wo die Nachfahren der *Pieds Noirs* eine ganz andere Erinnerung hochhalten.

Es geht also – dritter Punkt – um die öffentliche Gedenkpolitik, nicht um die Erinnerung, um die wir uns Sorgen machen sollten. Natürlich ist es zu begrüßen, wenn es heute als selbstverständlich gilt, dass auch die bedrohte persönliche Unversehrtheit, Folter, Vergewaltigung usw. Asylgründe darstellen – und nicht mehr nur eine politische Verfolgung. Ebenso ist es zu begrüßen, dass Empathie auf Opfer der Kolonialherrschaft oder überhaupt die Gebote der christlichen Nächstenliebe auf die humanitäre Fernstenliebe ausgedehnt werden. Das Spendenaufkommen bei Naturkatastrophen wie bei Hungersnöten, die ja in der Regel von Menschen verursacht sind, spricht für sich selbst.

Im Fall der Holocaust-Literatur geht die Opferidentifizierung manchmal sogar so weit, dass auch völlig frei erfundene Opfergeschichten wie diejenige des fiktiven *Binjamin Wilkomirski* für wahr gehalten werden können.¹⁷ In dieser fast reflexartigen Opferidentifizierung liegt daher auch eine Gefahr, besonders dann, wenn sie sich in ritualisierter Symbolpolitik erschöpft. Jede der Opfergruppen braucht ein eigenes Denkmal in Berlin-Mitte oder eine eigene Gedenkplatte in den KZ-Gedenkstätten, ein deutliches Zeichen der identitären Erinnerungsgemeinschaft, die aus dem eigenen Opferstatus folgt. Oft halten die Kinder der Opfer an der Erinnerung und ihrem Platz im Gedenken fest, ein Phänomen, das wir in abgewandelter Form auch bei ›Berufsvertriebenen‹ feststellen können, solange es um öffentliche Aufmerksamkeit und Gelder geht. Dass das heute aber nicht mehr exklusiv im Sinne deutscher Selbstviktimisierung geht, zeigt der unglückliche Start des geplanten Museums der Vertriebenenstiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung* in Berlin.¹⁸

Andererseits produziert diese Opferidentifizierung auch erstaunliche Entlastungseffekte. In dem Denkmal für die Homosexuellen in Berlin-Tiergarten wird nach langer Debatte auch ein lesbischer Kuss gezeigt, moralisch vielleicht gerechtfertigt, historisch aber Unsinn. Und das Stelenfeld für die Ermordung der europäischen Juden, das Holocaust-Mahnmal in Mitte, das nach Auskunft seines Architekten *Peter Eisenman* ein »offenes« Denkmal sein soll, wird eben auch im Sinne der Eventkultur, nicht nur der Erinnerungskultur genutzt.¹⁹ Das macht es noch lange nicht zu einem »Denkmal der Schande« (Höcke). Mich hat es eher beschämt, weil es weder in seiner ästhetischen Sprache noch in seiner Verweisstruktur dem Gedenken an die Millionen Juden gerecht wird, die im Osten Europas hingemordet und verscharrt wurden. Die Berliner können auf Gleis 17 am S-Bahnhof Grunewald und durch die Stolpersteine vor ihrer Haustür ganz nah erleben, dass die Deportation ihrer Nachbarn in den Tod vor aller Augen geschah. Wie sich die Täter die Durchsetzung ihres Vernichtungsprogramms zuhause und im besetzten Europa vorstellten, können sie in Berlin im Dokumentationszentrum *Topographie des Terrors* und in der Wannseevilla nachvollziehen. Das Stelenfeld produziert meines Erachtens eine falsche Nähe zu den fernen Opfern, derer an den Orten ihres Leidens angemessen gedacht werden sollte, mit produktiver Irritation und der Ehrfurcht des Totengedenkens, so wie in unseren Gedenkstätten. Deshalb wurde auch in Buchenwald dafür gesorgt, dass Herr Höcke nicht den Biedermann spielen kann, wo er der Brandstifter ist.²⁰

Wir müssen uns also nicht fragen, wie sich ein Verblässen der Erinnerung verhindern lässt. Es besteht vielmehr eine ganz andere Gefahr, nämlich die der *Mythisierung* und der *Banalisierung* der Gedenkpolitik. Wenn

beispielsweise, wie gerade in Polen, der Erinnerungskampf zum nationalen Mythos aufgebaut wird,²¹ oder wenn Gedenkpolitik in allgemeiner Denkmalseligkeit zum Event wird. Passenderweise lebt die Erinnerung an die Opfer der Stasi an den Orten ihres Wirkens fort, nicht auf einer sogenannten ›Einheitswippe‹, die sich eine Eventagentur aus Stuttgart für den Platz vor dem Berliner Schloss ausgedacht hat. Außerdem gibt es das Brandenburger Tor, wo jetzt schon private Zeichen für die Opfer der Mauer angebracht sind. Wir sollten also lernen, dass nur durch öffentliche Stiftungen, in denen Wissenschaft und Zivilgesellschaft eine unabhängige Rolle spielen, öffentliches Gedenken politisch so verfasst werden kann, dass es wissenschaftlichen Standards und humanitären Ansprüchen genügt.

Im internationalen Netzwerk der Gedenkstätten geht es längst nicht mehr nur um nationale Erinnerungskultur. Wie wir historische Schuld erinnern, sollte jedenfalls in ganz Europa eine Verpflichtung gegenüber den Toten sein, und nicht gegenüber der eigenen Nation.

Roland Czada: Wollte man die Aspekte des Umgangs mit der Vergangenheit in Kapitel unterteilen, könnte man sie so nennen: Bestrafung der Täter, Wiedergutmachung für die Opfer, Versöhnung der Nachgeborenen und die Erinnerung. Die beiden ersten Kapitel – Bestrafung der Täter und Wiedergutmachung bzw. Entschädigung der Opfer – sind weitgehend abgeschlossen, zumindest in Deutschland. Offen bleiben noch Versöhnung und Erinnerung. Nun warnt Bernd Weisbrod davor, dass die Erinnerung zu Mythisierung und Banalisierung führen kann, und Markus Meckel spricht sich gegen eine Bagatellisierung der Erinnerung aus und fordert dialogisches Gedenken. Dabei geht es sicherlich immer auch um die Wahrheit, es gibt Dokumente und Fakten. Ein Problem heute ist aber wohl, dass Fakten geleugnet oder unterdrückt werden, um die Geschichte zu glorifizieren. Herr Meckel, Sie hatten als Präsident des Volksbundes einen Konflikt, in dem es auch um die erinnerungskulturelle Position des Volksbundes ging. Um was ging es genau in diesem Konflikt?

Markus Meckel: Eine Institution wie der Volksbund – und wir alle – müssen erkennen, dass Kriegsgräber heute immer weniger Orte der persönlichen Trauer sind. 70 Jahre nach Kriegsende ist die Erlebnisgeneration, die dort trauert, immer kleiner geworden. Diese Orte sind immer mehr zu authentischen Orten geworden, an denen man öffentlich gedenkt und wo es darum geht, Bildungsarbeit zu machen, insbesondere auch mit jungen Menschen. Wenn man aber öffentlich gedenkt, muss man sich historisch auch klar positionieren. Früher und größtenteils auch bis heute hat der Volksbund einen öffentlichen Raum geschaffen für persönliche Trauer,

aber sich jeglicher Bewertung des Krieges enthalten. Damit hat man aber notwendige Fragen umgangen, wie schon der Umgang mit der Wehrmachtsausstellung vor 20 Jahren zeigte. Wer künftig Kriegsgräberstätten gestalten will, muss sich dazu klar verhalten, denn zur Kriegsgräberfürsorge gehört nicht nur das Gärtnern, um einen ordentlich gestalteten Friedhof zu haben, sondern auch die Bildungsarbeit mit jungen Menschen und die *Individualisierung* derer, die dort liegen.

Oft liegen dort nämlich nicht einfach Soldaten, sondern Opfer und Täter nebeneinander. Dort, wo wir es können, müssen wir die unterschiedlichen Personen identifizieren und Biografien deutlich machen. Wir stellen fest, dass auch in der Situation des Krieges und der Diktatur nicht alle gleich gehandelt haben. Da gab es denjenigen, der einfach mitgemacht hat, und jenen, der wie verrückt gewütet hat. Da gibt es auch einen hohen Anteil von Opfern der Wehrmachtsjustiz, die eben nicht alles mitgemacht haben. Dort liegen der 17- oder der 20-Jährige, der in die Wehrmacht gezwungen wurde, vielleicht erst 8 Jahre alt



Markus Meckel

war, als Hitler an die Macht kam, und der aus einer Familie stammte, wo er nichts anderes als die damals offizielle Politik kennenlernte. Dem kann ich als einzelner Soldaten nicht alle Schuld Deutschlands auf die Schultern legen. Neben ihm liegt aber vielleicht auch der Verbrecher. Dies muss differenzierter dargestellt werden, und man muss selber differenzierter damit umgehen, insbesondere im europäischen Kontext. Wir müssen sehen, was diese Leute angerichtet haben.

Als ich mit unseren französischen Partnern über diese Herausforderung des nationalen deutschen Gedenkens sprach, betonten sie, dass ein solcher Ansatz auch für Frankreich wichtig sei, etwa wenn es um Algerien und Vietnam geht. Man merkt, wie man mit einer solchen Problemstellung in einen Dialog kommen kann, und so entstand der Plan für einen europäi-

schen Kongress, bei dem man über diese Fragen, bezogen auf verschiedene europäische Nationen, miteinander ins Gespräch gekommen wäre.

Vor einiger Zeit war ich nach Namibia eingeladen, wohin der Volksbund Mittel gibt, damit dort die Gräber von Kolonialsoldaten gepflegt werden können. Die dortigen Akteure, die im Ruf standen, rechtsradikal zu sein, waren mindestens sehr vergangenheitsbezogen. Ich habe eine weitere Förderung an die Bedingung geknüpft, dass dort künftig auch der toten Hereros gedacht wird. Schon vor der Reise hatte ich in Deutschland öffentlich die Anerkennung des Herero-Genozids gefordert.

Es war ein glücklicher Zufall, als ein Journalist entdeckte, dass der damalige Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* noch als Oppositionsführer in der Zeit zwischen 2009 und 2013 den Antrag seiner Bundestagsfraktion unterschrieben hatte, den Genozid an den Hereros offiziell anzuerkennen. Als Außenminister distanzierte er sich zunächst davon, bis bei einer Pressekonferenz der Sprecher des Auswärtigen Amtes mit genau der Formulierung des damaligen SPD-Antrags dieses Anliegen zur offiziellen Position der Bundesregierung erklärte. Inzwischen gibt es offizielle Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Regierung Namibias. Leider sind sie ins Stocken geraten, und es gibt noch keine greifbaren Ergebnisse.

Roland Czada: Herr Meckel engagiert sich dafür, durch Reden, durch dialogisches Gedenken, zu gemeinsamen Positionen zu kommen, Versöhnung zu erreichen und Konflikte zu reduzieren. Dafür gibt es viele Beispiele, u.a. die 1972 gebildete *Deutsch-Polnische Schulbuchkommission* oder die 1992 konstituierte Bundestags-Enquete-Kommission *Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*. Frau Klarsfeld hat dagegen einen aktivistischen, provokativen und investigativen Weg gewählt, einen Weg, auf dem sie keinem Konflikt aus dem Weg gegangen ist, sondern vielmehr den Konflikt suchte, um bestimmte Sachverhalte in die Öffentlichkeit zu bringen. Da ist eine deutliche Differenz zu erkennen ...

Beate Klarsfeld: Mit unserer Organisation *Verein der Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden* standen wir in Bergen-Belsen am Tor und haben gefordert, dass US-Präsident *Reagan* nicht den Soldatenfriedhof in Bitburg besuchen soll. Wir sind dann von der Polizei festgenommen worden. Gegen Kiesinger hätte ich mich niemals engagiert, wenn nicht die deutsche Gesellschaft damals im Großen und Ganzen davon ausgegangen wäre, dass man einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen sollte und keine NS-Verbrecher mehr aufgespürt und bestraft werden müssten. Dann wurde Kiesinger zum Bundeskanzler gewählt. Schon

vorher war ich wegen meiner in Artikeln geäußerten Kritik, mit der ich mein Unverständnis darüber äußerte, dass man in Deutschland so kurz nach dem Krieg einen Nazi-Propagandisten wie Kiesinger zum Kanzler machen konnte, von meinem Arbeitgeber, dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, bestraft worden, und dies, obwohl es auf deutscher Seite der Institution Kriegsverbrecher wie den SS-Obersturmbannführer *Fritz Arlt* gab.

Für mich war die Wahl Kiesingers ein Auslöser dafür, dass man sich engagieren muss. Wir haben verstanden, dass man sich auch illegal engagieren muss, denn das Legale war wenig wirksam: Obwohl wir die Bundestagsabgeordneten und die Journalisten mit unseren Broschüren über Kiesinger ausführlich informierten, obwohl ich oft an Universitäten gesprochen habe, sagte jeder, Kiesinger sei demokratisch gewählt worden.

Also, was soll man tun, wenn man etwas erreichen will, aber keine Unterstützung hat? Man muss sich engagieren und sehen, wie man die Presse mobilisieren kann. Es war damals notwendig, spektakuläre Aktionen durchzuführen, um das zu erzwingen. Das erste Mal, dass ich mich für diesen Weg entschied, war meine Unterbrechung einer Rede Kiesingers im Bundestag. Dadurch waren die Journalisten gezwungen, auf seine Vergangenheit einzugehen und darauf, dass eine Frau aufsteht und ihn unterbricht. So haben wir auch unsere Aktionen zur Aufarbeitung von NS-Verbrechen bei denjenigen weitergeführt, die für die Deportation von Juden aus Frankreich verantwortlich waren und in Deutschland unter ihrem eigenen Namen ungestraft lebten. Ein deutsch-französisches Rechtsabkommen machte es unmöglich, sie in Frankreich zu verurteilen. Man konnte sie nur in Deutschland bestrafen, wenn ein Überleitungsvertrag geschlossen wurde.

Auch in diesen Fällen haben wir gemerkt, dass wir nur mit illegalen Aktionen weiterkamen, wie z.B. bei Demonstrationen vor dem Büro von *Kurt Lischka*, dem Gestapo-Chef von Frankreich, oder bei *Herbert Hagen*, dem Chef des Sicherheitsdienstes, oder *Ernst Heinrichsohn*, Mitarbeiter des Judenreferats der Gestapo in Frankreich, speziell mit der Deportation von Kindern befasst, wie z.B. die Deportation von 4.000 jüdischen Kindern, die bei der Razzia des *Vélodrome d'Hiver* (benannt nach dem größten der Sammelpunkte) festgenommen und nach Auschwitz deportiert wurden. Heinrichsohn war später Rechtsanwalt in Miltenberg und wurde Bürgermeister im bayerischen Bürgstadt.

Das Schema war immer dasselbe: Aufarbeitung, um zu sagen, was aus ihnen geworden ist und wo sie sind, und versuchen, die politische Gesellschaft zu zwingen, etwas zu tun. Dazu haben wir auch Nebenklagen angestrengt und das Gedenkbuch über die Juden aus Frankreich gemacht.

Ein Zusatzabkommen zum Überleitungsvertrag wurde am 2. Februar 1971 von Willy Brandt unterzeichnet. Er bedurfte aber der Ratifizierung des Bundestages. Dank unseres Engagements konnte endlich im Januar 1975 der Vertrag ratifiziert werden; er erhielt in der Presse den Namen ›Lex-Klarsfeld‹. Zwischen 1971 und 1979, als der Prozess gegen Lischka und seine Mitangeklagten Heinrichsohn und Hagen in Köln begann, haben wir unablässig Aktionen und Demonstrationen durchgeführt und so erreicht, dass dieser Prozess stattfinden konnte.

Wir konnten nicht auf normale Art und Weise einen Prozess initiieren wie den Auschwitzprozess oder die Nürnberger Prozesse der Alliierten. Wir mussten uns auf andere Weise engagieren und wurden oft von der Polizei festgenommen. Ich saß fünf Wochen im Gefängnis, mein Mann wurde festgenommen und alle unsere Freunde auch. Man hat nie wieder erlebt, dass sich jüdische Organisationen so stark dafür einsetzten, dass die Mörder ihrer Angehörigen bestraft wurden. Das haben wir erreicht.

Roland Czada: Frau Klarsfeld, Sie hatten die Ohrfeige für Kiesinger sogar bei einer studentischen Versammlung an der FU Berlin angekündigt. Das war zu einer Zeit, in der man die begrenzte Regelverletzung als eine politische Strategie diskutiert und praktiziert hat, denn anders war es kaum möglich, Aufmerksamkeit zu finden. Der Diskurs wurde damals vom herrschenden Establishment ›verwaltet‹. Sit-ins, Straßenblockaden u.a. waren neue politische Aktionsformen. Was Sie damals erreichen wollten, würde heute niemanden mehr provozieren. Ihre damalige Position ist heute *mainstream*.

Mit begrenzten Regelverletzungen, mit unkonventionellem politischem Handeln provozieren heute andere, auf der politischen Rechten. Herr Weisbrod, was ist daraus zu schließen, wenn ›linke Positionen‹, die früher gegen die ›herrschende Meinung‹ provozieren konnten, dies heute nicht mehr können, während jene, die eine ›Kehrtwende in der Erinnerungskultur‹ wollen, die Öffentlichkeit heute durch ›kommunikative Regelverletzungen‹ provozieren?

Bernd Weisbrod: Für einen Politologen mag das formal vergleichbar sein, aus Sicht des Historikers ist es das nicht, denn der Inhalt macht den Unterschied. Auch heute sind politische Provokationen vorstellbar, die nicht populistisch sind.

Die Ohrfeige gehört zum klassischen Repertoire der politischen Provokation, und sie war damals auch an der Zeit. Für die junge Generation war es klar, dass die Gesellschaft sich mit einem nebulösen Schuldvergessen arrangiert hatte, und das musste aufgebrochen werden.

Markus Meckel wies zu Recht darauf hin, dass selbst wir, heute, kaum etwas über die in deutschen Lagern umgekommenen russischen Kriegsgefangenen wissen. Auch das ist klassisches Schuldvergessen. Wir wissen demgegenüber alles über die deutschen Kriegsgefangenen in Russland: Als die letzten 10.000 von ihnen 1955 nach Friedland zurückkamen, war die westdeutsche Nation in Aufruhr, und zwar nicht, weil darunter auch verurteilte Kriegsverbrecher und überzeugte Nazis waren, sondern weil die deutsche Bevölkerung glaubte, es gäbe noch weitere Tausende Gefangene in angeblichen sowjetischen ›Schweigelagern‹, aus denen keine Nachrichten kommen durften. Es gab also immer schon eine Phantasie über die eigenen Toten. Viele deutsche Soldaten waren in sowjetischer Gefangenschaft durch unzulängliche Ernährung, harte Arbeitsbedingungen und mangelnden Schutz vor eisigen Wintern umgekommen. Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren dagegen Opfer einer gezielten Vernichtungspolitik, was man nicht wahrhaben wollte.

Die von 1995 bis 1999 gezeigte sog. *Wehrmachtsausstellung* des Hamburger Instituts für Sozialforschung hatte einen Aufruhr der Empörung zur Folge. Heute können wir nicht einmal die Namen der sowjetischen Kriegsgefangenen feststellen, die in Buchenwald per Genickschussanlage zu Tausenden ermordet wurden. Sie wurden nicht registriert, und dasselbe gilt für viele Opfer der gezielten Vernichtungspolitik der Deutschen in Ost- und Mitteleuropa, in Lettland, der Ukraine usw. Natürlich waren dort auch lokale Hilfstruppen beteiligt. Das ist ein nationaler Konflikt, den die Menschen dort noch zu bewältigen haben. *Omer Bartov* ist Autor eines Buches über die galizische Kleinstadt Butschatsch, deren Bevölkerung zu einem Drittel jüdisch war. Sein Buch trägt den Titel *Erased*, denn diese Geschichte ist ausgeradiert: Da gibt es nichts mehr – kein Gymnasium, keinen Friedhof.

Möglichkeiten, darauf provokativ aufmerksam zu machen, dass dort ein Drittel der Bevölkerung das Leben gelassen hat, gäbe es sicherlich. Wohlfeile Erinnerungsrituale haben wir allerdings mehr als genug. Politisch wären Provokationen wichtiger, aber solche von der Art eines Höcke sind keine Provokation, sondern eine gezielte Strategie, der man entgegenzutreten muss, damit die Toten nicht verhöhnt werden. Es mangelt da an Ehrfurcht und auch Scham vor dem Unausprechlichen und den Grausamkeiten. Empfehlenswert ist dazu das Buch *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart* von *Tony Judt*, dem Jahr 2007 der Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück verliehen wurde.

Wir in Europa stehen auf den Leichen! Und viele dieser Leichen haben Deutsche verursacht. Daraus ergibt sich unser politischer Auftrag als Deutsche, und dazu ist auch eine Provokation jederzeit willkommen.

Beate Klarsfeld: In Frankreich ermöglicht es ein Gesetz, jemanden anzuklagen, der sich über den Holocaust lustig macht. Wir haben zwei Prozesse gegen *Jean-Marie Le Pen* geführt, einen wegen seiner Äußerung, dass der Holocaust nur ein »Detail des Zweiten Weltkriegs« war, und einen anderen wegen seiner Äußerung, dass die deutsche Besatzung in Frankreich nicht so schlimm gewesen sei. In beiden Prozessen wurde er verurteilt. Kürzlich veröffentlichte der Holocaustleugner *Alain Soral* im Internet ein Foto von Serge Klarsfeld und mir mit der Unterzeile: »Die Arbeit ist nicht beendet worden«, d.h. dass auch wir vergast werden sollen. In diesem Fall stellte die Staatsanwaltschaft in Paris einen Strafantrag, und Soral wurde zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt, und nicht wie zuvor, zu einer Geldstrafe. Auch Höcke hätte man verklagen und bestrafen können, auch wenn er nur mediale Aufmerksamkeit bekommen wollte. Damit andere so nicht weitermachen können, muss man solche Äußerungen unter Strafandrohung stellen.

Roland Czada: Das wäre dann allerdings auch nicht die dialogische Form der Auseinandersetzung?!

Markus Meckel: Ich möchte den Fokus noch einmal auf den europäischen Großraum richten, über den mit dem Hitler-Stalin-Pakt verfügt werden sollte, den Bereich zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Während meiner Amtszeit als Präsident des Volksbundes sind 2015 in der Nähe von Minsk 3.000 Soldaten ausgebettet worden. In *Berjosa*, in der Nähe von Brest, haben wir bei einer Gedenkveranstaltung im September 1.000 von ihnen neu beerdigt. Begleitend dazu gaben wir einen Reader heraus, der auch über die unterschiedlichen Opfer Auskunft geben sollte. Interessant war, dass die Historiker, die wir damit beauftragten, nur die Opfer der Nationalsozialisten thematisiert haben. Jene Opfer, die durch die Eroberung dieses zuvor zu Polen gehörenden Gebietes durch die Rote Armee im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes nach 1939 umkamen, wurden einfach nicht thematisiert. In der Festung Brest sind 1941, als Deutschland die Sowjetunion überfiel, von 7.000 sowjetischen Soldaten etwa 2.000 gefallen, ebenso 500 der Deutschen. 5.000 sowjetische Kriegsgefangene hat die Wehrmacht in der Nähe verhungern lassen. An diese erinnert bisher niemand, weder auf unserer noch auf sowjetischer bzw. russischer Seite. Auch im großen Museum in Brest werden sie nicht thematisiert, denn nach der dort bis heute prägenden, sowjetischen Erinnerungstradition sollten diese Kriegsgefangenen bis zum letzten Blutstropfen kämpfen und nicht in Gefangenschaft geraten.

Diese Opfer haben bisher keinen Gedenkort. Von den Kriegsgefangenen, die in Deutschland überlebt hatten, ist ein Großteil nach ihrer Rückkehr im russischen *Gulag* gelandet, dem Netz von Straf- und Arbeitslagern in der Sowjetunion, weil sie unter Stalin als Kollaborateure galten. Diese Schicksale kennen wir in Deutschland kaum, aber auch vor Ort bemüht man sich darum wenig.

Zwischen Minsk und Brest liegt nahe der Hauptstraße ein kleines Dorf, *Bronnajara Gora*. Dort wurden, abgelegen in einem Wald, im Winter 1941/42 ca. 50.000 Brester Juden umgebracht. Gegen Ende der Regierungszeit *Gorbatschows* wurden dort durch zivilgesellschaftliche Initiative zwei kleine Gedenkkorte eingerichtet, die öffentlich nicht bekannt sind. In der deutschen Botschaft wusste man bis zu dem Zeitpunkt, als ich sie darüber informierte, von diesen Orten nichts – Orten, an denen 50.000 Juden von Deutschen ermordet wurden!

Ein anderer Ort ist *Kurapaty* in der Nähe von Minsk. Dort wurden vom sowjetischen *Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten* (NKWD) zwischen 1939 und 1941 Polen, Juden, Sowjetbürger zu Abertausenden umgebracht und deportiert.

Wir sehen diese Geschehnisse jeweils getrennt zwischen Stalin und Hitler, zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus. In diesem Teil Europas sind die Verbrechen der großen Diktatoren und die Kriegserfahrung in schrecklicher Weise ganz nah miteinander verbunden.

Publikum: Als langjährig in der Osnabrücker Kommunalpolitik Aktive hat mich kein Thema so sehr beschäftigt wie das der Erinnerungskultur, die mit dem Museum Felix-Nussbaum-Haus, dem Remarque-Friedenszentrum, der Hans-Calmeyer-Initiative, den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht hier ihre Orte hat. Wir verstehen unsere Stadt auch deshalb als *Friedensstadt*. Herr Weisbrod hat dankenswerterweise betont, dass das Verschwinden der Zeitzeugen nicht mit einem Nachlassen des Erinnerns an die Opfer des Nationalsozialismus gleichzusetzen ist. Und es gibt noch eine Fülle von Aspekten, die weiter zu erforschen sind, weil sie in keiner Weise im allgemeinen Bewusstsein verankert sind.

Wir haben den Widerstand auch der ›kleinen Leute‹ kenntlich zu machen, der bisher viel zu wenig beachtet worden ist. Ein Beispiel dafür ist das Filmprojekt *Flucht 1937*, das die Geschichte des Urgroßvaters einer Schülerin des Ratsgymnasiums thematisiert. Die Schülerin hat aufgearbeitet, wie ihr Urgroßvater dem Bruder von Felix Nussbaum, *Justus Nussbaum*, 1937 half, nach Amsterdam zu fliehen – und dabei sehr viel Mut und Engagement zeigte. Ein anderes Beispiel ist der Kampf um das Deutlichmachen von Unrechtsurteilen in der Justiz oder auch die Aufarbeitung

des Umgangs mit den Kriegsgefangenen und das Hin und Her um deren Entschädigung.

Wir haben uns in Deutschland tatsächlich viel zu lange in der Opferrolle gesehen. In *Wolgograd* in der Sowjetunion, dem früheren Stalingrad, wo das Osnabrücker Symphonieorchester vor 4 Jahren aufgetreten ist, gab es durch die Bombardierungen der Deutschen mehr zivile Opfer als etwa in Dresden. Wir sind weit davon entfernt, sagen zu können, dass alles erforscht ist. In vielen Dingen stehen wir am Anfang.

Publikum: Viele Gedenkstätten sind erst Jahrzehnte nach dem Krieg eröffnet worden. Die direkte Zeitzeugenschaft führte eher zur Verdrängung, da die meisten Überlebenden eher Täter als Opfer waren. Die meisten Zeitzeugen haben vor Schande oder Scham in den fünfziger Jahren geschwiegen. Ob man wirklich so großen zeitlichen Abstand braucht, um kritisch über die Vergangenheit der Eltern oder der Großeltern zu reflektieren?

Wir nehmen offenbar nur das bereitwillig wahr, was in unser Weltbild passt. Es gibt aber nicht nur eine Erinnerung, sondern verschiedene Erinnerungen in den europäischen Gesellschaften. Diese tief gespaltenen Gesellschaften mit ihren unterschiedlichen Interessen werden wohl nie eine gemeinsame Erinnerung haben. Nötig wäre eine Kombination von Dialog und Provokation: Provokation kann bewirken, dass Menschen anfangen, nachzudenken und sich zu engagieren.

Beate Klarsfeld: Wir betreiben seit Langem schon Erinnerungspolitik. Ohne meinen Mann wäre das Gedenkbuch mit den Namen, Vornamen und Adressen der aus Frankreich deportierten Juden nie erschienen. Zunächst hatten wir für den Lischka-Prozess in Köln die Namen mit Vornamen, Nationalität, Geburtsdaten und -orten zusammengestellt.

Dann haben wir versucht, die Namen der 11.400 jüdischen Kinder im Alter unter 18 Jahren herauszuziehen. In zwei Gedenkbüchern der jüdischen Kinder haben wir schon mehr als 5.000 Fotos gezeigt. Wir haben auch das Gedenkbuch für alle 76.000 Juden, die aus Frankreich deportiert wurden, mit Namen, Vornamen, Geburtsdaten und -ort, letztem Wohnort und aus welchem Lager nach Auschwitz deportiert, veröffentlicht. In Deutschland gedenkt man der deportierten Juden mit einem Stolperstein vor ihrem letzten Wohnort. In Frankreich sind Gedenktafeln an den Häusern, wo die Juden lebten, an Schulen, in die die Kinder gingen, und an vielen anderen öffentlichen Orten angebracht worden.

Vor Jahren schon haben wir in vielen Bahnhöfen in Frankreich eine Wanderausstellung mit jüdischen Kindern gezeigt, die mit Zügen deportiert worden sind. Gegen den Widerstand des ehemaligen Chefs der Deut-

schen Bahn *Mehdorn* habe ich erreicht, dass in deutschen Bahnhöfen eine Ausstellung mit deutschen und österreichischen jüdischen Kindern gezeigt wurde, die aus Frankreich deportiert wurden. Dadurch, dass wir die Adressen der Deportierten haben, gibt es in Deutschland viele »Stolpersteine«, und in Frankreich werden überall an Gärten, Schulen und Häusern Gedenktafeln angebracht. Es ist wichtig, heute an die Grausamkeiten zu erinnern, hier eben die Trennung der Kinder von den Eltern, die vorher deportiert wurden. Es ist wichtig, dass die Leute durch die Bahnhöfe gehen und diese Kinderfotos mit den zugehörigen Geschichten sehen. Und es ist wichtig, dass »Offizielle« wie Bürgermeister und Präfekten dazu kommen und an diesen Aufgaben mitarbeiten. In Frankreich war das so in *Compiègne*, wo eine Veranstaltung, die an den ersten Transport von Juden nach Auschwitz vor 75 Jahren erinnerte, von der Stadt übernommen wurde und die ganz Gemeinde daran Anteil nahm.

Wir haben auch erreicht, dass jetzt in französischen Schulbüchern zu lesen ist, das 90% der Juden von den Leuten der Vichy-Regierung, der Gendarmerie, festgenommen wurden, und nicht etwa von den Deutschen – natürlich geschah das auf deren Befehl. 1995 räumte der damalige Präsident *Chirac* zum ersten Mal ein, dass es nicht »Vichy-Frankreich«, sondern *Frankreich* war, das für ein Verbrechen verantwortlich war, das nicht wiedergutzumachen ist. Die Franzosen haben dann die Waisenkinder entschädigt und auch die Leute, die ihr Hab und Gut verloren haben. Das alles konnte man erreichen.

Es stimmt nicht, dass mit dem Verschwinden der Zeitzeugen die Erinnerung verblasst. Die Überlebenden haben Berichte hinterlassen. *Steven Spielberg* begann damals, die Berichte von Überlebenden aufzuzeichnen. Diese Aufzeichnungen sind in Museen und Archiven zu sehen. Mit Jugendlichen aus Lyon habe ich Auschwitz besucht: 120 Jugendliche fliegen nach Krakau und besichtigen Auschwitz-Birkenau, finanziert von der Region Rhône-Alpes. Aufarbeitung heißt auch, Gedenkstätten und Schülerfahrten materiell auszustatten. Das ist wichtig, ebenso wie weiterhin dazu Bücher zu veröffentlichen. Die Erinnerung verblasst keineswegs, im Gegenteil. Wenn Jugendliche Auschwitz besuchen, müssen sie natürlich vorher unterrichtet worden sein und wissen, was dort geschehen ist. Wenn sie dann den Ort betreten und mit der Barbarei konfrontiert sind, die von Deutschland ausgegangen ist, ist es für sie etwas ganz Unfassliches. Es ist wichtig, dass sich Jugendliche dagegen auflehnen und sich immunisieren. Natürlich hat die Jugend heute andere Probleme, und sie sehen Barbarei in vielen anderen Versionen. Aber man muss ihr zeigen, was Grausamkeit ist, und dass man Grausamkeiten nicht durchgehen lassen darf.

Publikum: Bundespräsident *Herzog* proklamierte 1996 das Datum der Befreiung der KZ in Auschwitz, den 27. Januar, als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Das geschah allerdings 50 Jahre zu spät! Wie kann man neben Gedenkorten und Gedenktafeln auch einen *Gedenktag* stärker ins Bewusstsein gerade der jungen Menschen rufen?

Beate Klarsfeld: Ich war eingeladen, am 27. Januar 2016 vor den Vereinten Nationen und am 27. Januar 2017 vor dem Europaparlament zu sprechen. Im Deutschen Bundestag ging es an diesem Tag um das Thema Euthanasie. Vielleicht müssen die Politiker stärker an die Öffentlichkeit gehen. Im Bundestag sind wohl nur die Abgeordneten im Saal und kein Publikum. Vielleicht sollte man so etwas draußen machen, z.B. am Brandenburger Tor.

Markus Meckel: Es ist gut, dass man sowohl an diesem Datum als auch an vielen authentischen Orten in den Regionen selbst an den Holocaust erinnert, z.B. an Orten, von wo Juden nach Auschwitz, Riga oder Minsk abtransportiert wurden. Diese Städte sollten an diesen Tagen gedenken, nicht zwingend den 27. Januar pflegen. Wir sollten uns diese belastete Geschichte vor Augen führen, nicht nur weil es eine global bedeutsame Geschichte ist, sondern auch weil dort Menschen umgebracht wurden, von denen wir noch erfahren können, wer sie eigentlich waren und wer dabei zugehört hat. So kommen wir zu den



Fragen, wie dem Unrecht zu wehren ist, wie es gelingen kann, etwas nicht geschehen zu lassen oder zumindest dagegen zu protestieren oder gar jemanden zu verstecken. Angst zu überwinden und Zivilcourage zu zeigen, sind die Dinge, um die es letztlich bei der Erinnerung an diese Geschichte geht.

Der 27. Januar ist ein wichtiges Symbol des Gedenkens, das auf den eigenen Ort und die eigene Lebenswelt konkretisiert werden kann und nicht immer am gleichen Tag geschehen muss. Auschwitz ist weit weg und ist Symbol für den industriellen Judenmord. Es ist gut, dass wir das wissen. Aber wir sollten auch wissen, dass es um die Nachbarn geht. Die Vielfalt kann auch bei diesem Thema groß sein, so wie am 27. Januar im Bundestag an verschiedene Verbrechen erinnert wurde, in diesem Jahr an die Euthanasie-Morde im NS-Staat. Ebenfalls an diesem Tag im Jahr 2014 erinnerte der Schriftsteller *Daniil Granin* in seiner Rede an die eine Million Opfer der Leningrader Blockade. Es lohnt sich immer wieder auch Akzente zu setzen, die im öffentlichen Bewusstsein noch nicht so präsent ist.

Bernd Weisbrod: Gedenkpolitik muss ein offener Prozess sein und bleiben, ein politischer Prozess, der zum Zeitgeschehen jeder Nation gehört. In Polen ist aktuell ein Museumsstreit im Gange, zwischen dem ›Museum des Zweiten Weltkriegs‹ in Danzig, dem ›Museum des Warschauer Aufstandes‹ in der Hauptstadt und dem 2016 im Dorf *Markowa* im Karpatenvorland eröffneten ›Museum für die Polen, die während des Zweiten Weltkriegs Juden gerettet haben, benannt nach der Familie Ulma‹.²² Die Regierung pilgert jetzt in das letztgenannte Museum, um das katholische Polen, das angeblich um die Rettung der Juden bemüht gewesen sei, zu zelebrieren. Dieser Stoff ist politisch brisant, und man kann nicht davon ausgehen, dass dort diese Art der Erinnerung verblasst, ebensowenig wie auch bei uns. Wir müssen darüber nachdenken, welche politische Verfassung eine Gedenklandschaft haben muss, die den Anforderungen der unterschiedlichen Erinnerungen gerecht wird und dennoch gewissen Standards entspricht. Wir brauchen wissenschaftliche Beiräte in Stiftungen, die nicht so einseitig besetzt sind wie bei dem geplanten Dokumentationszentrum der Vertriebenenstiftung in Berlin. Wir brauchen in solchen Fällen eine öffentliche Trägerschaft. Die AfD ist dabei nur ein Phänomen, das aus der Bewegung der gesellschaftlichen Großgruppen entsteht. Da kommt etwas aus der Mitte der Gesellschaft und wird plötzlich auf eine andere Art und Weise sagbar. Wir brauchen deshalb in jeder Stadt, in jedem Bundesland, unabhängig von der politischen Führung eines Landes, Möglichkeiten, den Streit um die Geschichte sachgemäß zu befrieden – mit dem Anspruch

eines übernationalen, humanitären Bedürfnisses. Solange wir um nationale Mythen kämpfen, ist die Erinnerung noch lange nicht tot.

Roland Czada: Es gibt nun also die einvernehmliche Feststellung, dass die Erinnerung nicht verblasst. Eine persönliche Anmerkung dazu: Ich hatte einen jüdischen Lateinlehrer, der als Kind und Jugendlicher in Stuttgart den NS überlebte. Als Schüler erfuhr ich, dass er Jude war und unser Direktor ein alter Nazi. Ich habe nie darüber gesprochen und dachte, ich sei der Einzige, der davon weiß. Inzwischen haben mir alte Freunde gesagt, sie hätten es ebenfalls gewusst. Damals aber, zu der Zeit, als Frau Klarsfeld Kiesinger geohrfeigt hatte, haben wir darüber nicht gesprochen. Erst jetzt, in zeitlicher Entfernung, wurde das thematisiert. Das zeigt, dass die Erinnerung aufleben kann, auch wenn die Zeitzeugen nicht mehr da sind.

Markus Meckel warnte, dass Erinnerung auch spalten könne, wenn verschiedene Opfergruppen eine Konkurrenz untereinander austragen. Wenn dann Provokation an die Stelle des Dialogs tritt, kann Erinnerungspolitik auch überschießen und nicht in einem geordneten politischen Diskurs, sondern in Konfrontation münden.

Markus Meckel: Ich bin für Dialog – aber das kann auch richtiger Streit sein und nicht versöhnlerisch. Erinnerungspolitik ist etwas, worüber es sich lohnt, handfest zu streiten und Konflikten nicht aus dem Weg zu gehen. Ich bin für einen streitbaren Dialog.

-
- 1 Zur Einführung vgl. Volkhard Knigge / Norbert Frei (Hg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord.* München 2002 – Ulrike Jureit / Christian Schneider (Hg.): *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung.* Stuttgart 2010 – Martin Sabrow / Norbert Frei (Hg.): *Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945.* Göttingen 2012.
 - 2 Hans Rothfels: *Zeitgeschichte als Aufgabe.* In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953), S. 1-8; vgl. auch Andreas Wirsching: »Epoche der Mitlebenden« – Kritik der Epoche. In: *Zeithistorische Forschungen* 8 (2011), S. 150-155.
 - 3 Robert Wohl: *The Generation of 1914.* Harvard University Press 1979.
 - 4 Vgl. Dan Diner u.a. (Hg.): *Zivilisationsbruch: Denken nach Auschwitz.* Frankfurt 1988.
 - 5 Vgl. Lutz Niethammer (Hg.): *Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald.* Berlin 1994.
 - 6 Vgl. Jan T. Gross: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne.* München 2001; ferner Patrick Desbois: *Der vergessene Holocaust: Die Ermordung der ukrainischen Juden. Eine Spurensuche.* Berlin 2009 (Engl. Titel: *Holocaust by Bullets*).
 - 7 Vgl. die Dresdner Rede von Björn Höcke vom 17. Jan. 2017, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRFIs>.
 - 8 Zur Kritik an Jan Assmann vgl. Ulrike Jureit: *Die Theorie des kulturellen Gedächtnisses. Eine Kritik.* In: Jureit / Schneider (Anm. 1), S. 54-76.
 - 9 Vgl. Avishai Margalit: *The Ethics of Memory.* Harvard University Press 2002.
 - 10 Primo Levi: *Die Untergegangenen und die Geretteten.* München 1990, S. 83f.
 - 11 Vgl. Wulf Kansteiner: *Macht, Authentizität und die Verlockungen der Normalität. Aufstieg und Abschied des NS-Zeitzeugen in den Geschichtsdokumentationen des ZDF.* In: Sabrow / Frei (Anm. 1), S. 320-353.

- 12 Zur erinnerungspolitischen Funktion von Friedland vgl. Sascha Schießl: ›Das Tor zur Freiheit‹. Kriegsfolgen, Erinnerungspolitik und humanitärer Anspruch im Lager Friedland (1945-1970). Göttingen 2016.
- 13 Vgl. Robert G. Moeller: War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany. University of California Press 2001.
- 14 Vgl. Michael Heinlein: Die Erfindung der Erinnerung. Deutsche Kriegskindheiten im Gedächtnis der Gegenwart. Bielefeld 2010.
- 15 Vgl. José Brunner: Die Politik des Traumas. Gewalterfahrungen und psychisches Leid in den USA, in Deutschland und im Israel / Palästina-Konflikt. Berlin 2014.
- 16 Vgl. Matthias Beer: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt ›Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa‹. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345-389.
- 17 Vgl. Stefan Maechler: Der Fall Wilkomirski. Über die Wahrheit einer Biographie. Zürich 2000.
- 18 Zum letzten Direktorenwechsel des Museumsprojekts ›Flucht, Vertreibung, Versöhnung‹ vgl. http://www.deutschlandfunk.de/stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung-neue-leitung-neue.724.de.html?dram:article_id=349933.
- 19 Zum Denkmalstreit vgl. Jan-Holger Kirsch: Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales ›Holocaust-Mahnmal‹ für die Berliner Republik. Köln 2003.
- 20 Trotz der ausdrücklichen Ausladung durch die Gedenkstätte Buchenwald versuchte Björn Höcke – vergeblich –, an der Gedenkveranstaltung vom 27. Jan. 2017 teilzunehmen.
- 21 Zur Debatte über die Gedenkpolitik in Polen vgl. Daniel Logemann: Streit um das Museum des Zweiten Weltkriegs in Gdansk. Wie soll man ›polnische Geschichte‹ zeigen? In: Zeitgeschichte-online, 6. Apr. 2017.
- 22 Siehe dazu <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/judenrettung-in-polen-heldenhaftigkeit-einer-ganzen-nation-14162281.html>.